
1255 / 2	7.57	ar	BODEN GERTRUD
1256 / 3	9.45	ar	LOREND S MATTHIAS IN BALLERN
4	14.16	ar	ZACH BONIFAZ - KORNMAIER
5	15.94	ar	GRATZ JAKOB, EHEFRAU GEB. JOHANNES
6	7.04	ar	SCHÄFER JOSEF - RIPPLINGER -
7	23.73	ar	PETRY ANNA
8	12.23	ar	FRITZ NIKOLAUS, ACKERER
74	54.69	ar	MAXEM PETER IN RECH
75 / 1	25.37	ar	PETRY PETER - HEISEL -
77 / 1	21.28	ar	RIPPLINGER ALFONS JAKOB
78	5.67	ar	ROBLING PETER - BARTH -
79	29.22	ar	ZACH BONIFAZ - KORNMAIER IN MERZIG
80	12.70	ar	SCHMITT ANNA KATHARINA

B E B A U U N G S P L A N

AUFTRAGGEBER:

STADT: M E R Z I G

AMTSBEZIRK:

ORTSTEIL: F I T T E N

BEZEICHNUNG
DER LAGE:

ÄNDERUNG „GOTTSHECK“

FLUR:

5 + 7

MASSTAB:

1:1000

LANDKREIS

MERZIG-WADERN

ZEICHNUNG NR.

DATUM

NAME

KREISPLANUNGSSTELLE

AUFGETRAGEN : NEU

26.11.75

LORENZ PT.

BEARBEITET : NEU

27.11.75

LORENZ PT.

GESEHEN :

GEPRÜFT :

ÄNDERUNGEN

a

b

c

MERZIG, DEN

1. 12.

1975

I. A.

L. A. [Signature]

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGR. I, S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Stadtrates von ...
21.3.1975 ... beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der ...
durch die Kreisplanungsstelle.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

SIEHE PLAN

1 Geltungsbereich

2 Art der baulichen Nutzung

2.1 Baugebiet

2.1.1 zulässige Anlagen

2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen

2.2 Baugebiet

2.2.1 zulässige Anlagen

2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen

2.3 Baugebiet

2.3.1 zulässige Anlagen

2.3.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen

3 Maß der baulichen Nutzung

3.1 Maß der Vollgeschosse

3.2 Grundflächenzahl

3.3 Geschosflächenzahl

3.4 Bauflächenzahl

3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen

4 Bauweise

4.1 überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

4.2 Stellung der baulichen Anlagen

7 Mindestbreite der Bauzonen

8 Maßstäbe der baulichen Anlagen (Maß von überbaubaren Grundstücksflächen bis zu Erschließungsflächen)

9 Flächen für überbaute Stellplätze und Garagen sowie deren Einfahrten auf den Grundstücksflächen

10 Flächen für nicht überbaute Stellplätze sowie deren Einfahrten auf den Grundstücksflächen

12 Bauzonen für den Gemeinbedarf

12.1 überbaubare Flächen für die Wohnen mit Familienheimen vorgesehenen Flächen

13 Bauzonen für besondere bauliche Anlagen, die privatrechtlich oder zweckmäßig sind und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs bestimmt ist.

14 Grundstücke, die von der Bebauung freizuhaltend sind und ihre Nutzung

15 Verkehrsflächen

16 Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen

17 Versorgungsflächen

18 Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen

19 Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen

20 Grünflächen, wie Parkanlagen, Kleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe

21 Flächen für Aufschüttungen, Abräumungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen

22 Flächen für die Landwirtschaft und Forstwirtschaft

23 Mit Gel-, Fahr- und Leitungsrechten anlasten der Allgemeinheit, eines Erschließungsrechts oder eines beschränkten Dienstbarkeitsrechts anlasten der Allgemeinheit

24 Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen

25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines anderen räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind.

26 Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sichtfreiheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung

27 Anlagengrenzen von Häusern und Sträuern

28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Häusern, Sträuern und Gewässern

WR REINES WOHNGEBIET

SIEHE BNVO § 3 ABS. (2)

ENTFÄLLT

SIEHE PLAN

SIEHE PLAN

SIEHE PLAN

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

OFFEN (EINZELHAUSER U. PLAN)

SIEHE PLAN

SIEHE PLAN

ENTFÄLLT

FESTSETZUNG IM EINZELFALL NACH STRASSENPROJEKT

INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFÄCHE

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

GESAMTER GELTUNGSBEREICH

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

BEBAUUNGSPLAN

-SATZUNG-

ÄNDERUNG DES RECHTSGÜLTIGEN BEBAUUNGSPL. "GOTTSHECK" LAUT BESCHLUSS VOM 21.03.1975
STADT MERZIG
STADTTEIL FITTEN

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG. in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 231).

SIEHE AMTSBLATT DES SAARLANDES NR 23 VOM 15.7.1968

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Baudenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 3 BBauG. in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 231).

ENTFÄLLT

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG.

1 Flächen, bei denen Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind. ENTFÄLLT

2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind. ENTFÄLLT

3 Flächen, unter denen der Bergbau ansteht. ENTFÄLLT

4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind. ENTFÄLLT

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 2 Abs. 4 BBauG.

1 ENTFÄLLT

2 ENTFÄLLT

Planzeichen-Erklärung

	Geltungsbereich
	Bestehende Gebäude
	Geplante Gebäude
	Bestehende und geplante Straßen
	Reine Wohngebiete
	Allgemeine Wohngebiete
	Mischgebiete
	Bestehende Grundstücksgrenzen
	Geplante Grundstücksgrenzen
	Baulinie
	Baugrenze
	Wasserleitung
	Kanalleitung
	Geschosshöhe (I - zwingend, II - Höchstgrenze)
	Grundflächenzahl, Geschosflächenzahl
	OFFENE BAUWEISE NUR EINZEL-HÄUSER

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG. ausgelegt von ... bis zum ... Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG. als Satzung, vom Gemeinderat am ... beschlossen.

MERZIG

Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG. genehmigt.

Saarbrücken, den ...

DER MINISTRE FÜR UMWELT RAUMORDNUNG U. BAUWESEN
In Auftrag

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG. wurde am ... ortsüblich bekanntgegeben.

MERZIG

Der Bürgermeister